

Sitzungsniederschrift

27. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum:	Sitzungsbeginn:	Sitzungsende:
22.04.2021	15:00 Uhr	16:34 Uhr
Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Vertretung für Frau Angelika Albers
Bargmann, Bodo	CDU	
Biller, Anita	SPD	
Bracklo, Agnes	BWM	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Jacobsen, Alfred	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Strömer, Wilhelm	FW	
Tammen, Harald	CDU	
Ubben, Hilde	AKSBG	
Grundmandat		
Bienhoff-Topp, Ida		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Pieschke, Bärbel		
Tobiassen, Bernd		
Verwaltung		
Davids, Korwin		stv. Leiter Ordnungsamt

Müller, Michael	Leiter Sozialamt
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Schäfer, Marcel	Leiter Ordnungsamt
Willers, Folkmar	Verwaltungsleiter Amt für Gesund- heitswesen
Focken, Ewald	Leiter Jobcenter
Hoofdmann, Sandra	Protokollführerin
Philip	Projektleiterin "BRIDGE"

Nicht anwesend:

Mitglieder	
Albers, Angelika	GRÜNE
Feldmann, Julia	SPD
Stauß, Detlef	AfD
Beratende Mitglieder	
Bagusat, Klaus-Dieter	
Eiben, Florian	
Hülsebus, Dieter	
Krull, Hilde	

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.03.2021 - öffentlicher Teil -
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Bericht Impfzentrum
7.	BRIDGE-Projekt Vorlage: IX/2021/054
8.	Vorstellung und Bericht des Jobcenters
9.	Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter in der niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit Vorlage: IX/2021/055
10.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

11.	Einwohnerfragestunde
12.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 <u>Eröffnung der Sitzung</u>

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete um 15.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

TOP 2 <u>Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit</u>

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 <u>Feststellung der Tagesordnung</u>

Die **Vorsitzende Kleinert** wendete sich an die Mitglieder des Ausschusses mit der Frage, ob Einwände gegen die Tagesordnung bestünden.

Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.03.2021 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung vom 25.03.2021 –öffentlicher Teil- wurde bei einer Enthaltung -wegen Nichtteilnahme- genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

einstimmig beschlossen

TOP 5 <u>Einwohnerfragestunde</u>

Es lagen keine Wortbeiträge vor.



TOP 6 Bericht Impfzentrum

Herr Schäfer, Leiter des Ordnungsamtes, stellte anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 1) den zweiten Bericht zum Impfzentrum vor.

Frau Pieschke erkundigte sich, ob Unterkünfte mit mehreren Bewohner*innen bereits hinsichtlich eines Impfangebotes versorgt seien.

Herr Schäfer antwortete, dass beispielsweise Obdachlosenunterkünfte oder die der geflüchteten Menschen bereits versorgt seien.

Abgeordneter Albrecht erkundigte sich, ob bereits alle über 70 jährigen Personen im Landkreis Aurich geimpft seien.

Herr Schäfer erläuterte, dass die Listenführung beim Land läge und der Landkreis keinen Zugriff darauf habe. Es könne jedoch festgehalten werden, dass jede Person die auf der Liste stehe, auch einen Impftermin erhalte.

Abgeordnete Altmann erkundigte sich, wie es sich bei den stationären Wohngruppen, z.B. bei denen des Leinerstifts, verhielte.

Herr Schäfer berichtete, dass derartigen Einrichtungen mit Impfungen versorgt worden seien.

Abgeordnete Ubben fragte nach, ob in der vorgetragenen Statistik auch die Impfungen, die nun bei den Ärzten stattfänden, erfasst seien.

Herr Schäfer erklärte, dass die Zahlen hinsichtlich der Impfungen, die bei den Ärzten vorgenommen würden, nicht bekannt seien. Die Meldung seitens der Ärzte erfolge direkt an das Land und der Landkreis Aurich habe darauf keinen Zugriff.

TOP 7 <u>BRIDGE-Projekt</u> Vorlage: IX/2021/054

Herr Willers, Verwaltungsleiter des Amtes für Gesundheitswesen, erläuterte, dass das "BRIDGE –Projekt" bereits im letzten Jahr angeschoben wurde und dem Kreisausschuss vorgestellt worden sei. Durch die Pandemie-Situation habe sich der organisatorische Aufwand und die Planung ein wenig nach hinten verschoben. Nunmehr gehe es jedoch um den konkreten Projektstart. Nach Auskunft von Herrn Willers, sei es im Interesse des Landkreises Aurich, sich im Rahmen einer Kostenbeteiligung einzubringen. Man erhoffe sich hierdurch eine Optimierung der hausärztlichen Versorgung. Ziel des Projektes sei es, dass die ausländischen Ärztinnen und Ärzte anschließend eine Hausarztpraxis im Landkreis Aurich übernehmen.

Herr Willers stellte Frau Philip als Projektleiterin vor, die anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 2) das Projekt vorstellte.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich für den lebhaften und interessanten Vortrag und schlug vor, dass Frau Philip gegen Ende des Jahres 2021 einen Zwischenbericht über den weiteren Verlauf im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung abgebe.

Abgeordnete Altmann fasste zusammen, dass die verschiedenen Ausbildungsschritte dargestellt worden seien. Hierbei sei zu erkennen, dass die deutsche Sprache sehr wesentlich sei. Aus ihrer Sicht sei ein weiterer entscheidender Punkt die Mentalität. Frau Altmann erkundigte sich, wie dieser Punkt im Projekt berücksichtigt werde. Insgesamt begrüße sie das Vorhaben sehr und sähe es als Bereicherung für die verschiedenen Kulturen im Landkreis Aurich.

Frau Philip erklärte, dass der Bereich "kulturelle Förderung" Eingang in die Weiterbildungen fände. Zudem fänden parallel interkulturelle Coachings statt. Der meiste Erfolg bringe die innerbetriebliche Praxiserfahrung. Es gäbe zusätzlich die Option der Supervision.

Abgeordnete Ubben erkundigte sich, ob sich auch weitere Praxen hätten melden können, um Trainees aufzunehmen.

Frau Philip antwortete, dass es noch zwei weitere Praxen gegeben habe, die jedoch ihre Teilnahme zurückzogen. Es habe eine große Anzahl von Bewerbungen auf Seiten der Trainees gegeben. Insgesamt seien rund 50 Bewerbungen eingegangen. Hier habe jedoch teilweise das Sprachniveau "B2" noch nicht vorgelegen. Einige Bewerber*innen stünden nun auf einer Warteliste, verbunden mit der Aufgabe, das notwendige Sprachniveau zu erlangen.

Abgeordnete Bracklo erkundigte sich, woher die Ärztinnen und Ärzte stammen. In den Herkunftsländern sei die medizinische Versorgung teilweise noch schlechter und die Länder benötigen selbst die Fachkräfte.

Frau Philip erläuterte, dass in diesem Projekt hauptsächlich Menschen angesprochen würden, die bereits in Deutschland leben.

Abgeordnete Ubben wollte wissen, ob die Hausärzte ihre Trainees bereits kennenlernen konnten.

Frau Philip erklärte, dass es ihr grundsätzlicher Wunsch gewesen sei, den Praxen eine Auswahl an Bewerber*innen zu präsentieren. Inzwischen sei es so gekommen, dass sie unter Berücksichtigung vieler Faktoren die passenden Trainees den Praxen zugeordnet habe und dies auch hervorragend passe.

Abgeordnete Kleinert wünschte für den weiteren Projektverlauf viel Erfolg.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

einstimmig beschlossen

TOP 8 Vorstellung und Bericht des Jobcenters

Herr Focken, Amtsleiter des Jobcenters, erinnerte daran, dass die kommunale Anstalt zum 01.01.2021 aufgelöst wurde und die heutige Vorstellung die erste im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sei. Ziel sei es, zunächst Quartalsberichte vorzulegen.



Herr Focken stellte die Jahre 2020 und 2021 anhand der anliegenden Präsentation vor (Anlage 3).

Abgeordneter Warmulla erkundigte sich, ob die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft erhöht worden sei und wie sich dies für den Landkreis Aurich auswirke. Weiterhin erkundigte er sich, ob es immer noch der Fall sei, dass ein großer Anteil der Kosten der Unterkunft als nicht angemessen eingestuft würde.

Herr Focken antwortete, dass die Erhöhung der Bundesbeteiligung nicht für den Leistungsberechtigten vorgesehen sei, sondern für die Kommunen, die durch die Pandemie nun viele neue Fälle zu versorgen hätten.

Weiterhin fuhr **Herr Focken** aus, dass sich der Mietspiegel für die angemessenen Kosten der Unterkunft, nicht wie vom Bund gefordert, am unteren Standard orientiere, sondern der mittlere Standard zugrunde gelegt worden sei. Aus diesem Grund seien die angemessenen Kosten schon höher als eigentlich empfohlen.

Abgeordnete Altmann erkundigte sich, wie sich das Angebot an Jobs in der Pandemie auf die Leistungsbezieher auswirke und ob Bewerbungen regelmäßig eingefordert würden. Weiterhin fragte Frau Altmann, wie erfolgreich Projekte für Langzeitarbeitslose seien und ob man diese auch evaluiere.

Herr Focken erklärte, dass Maßnahmen auch in der Pandemiezeit weiterliefen. Eine Erfolgsquote könne nicht ausgesprochen werden. Es sei sehr unterschiedlich wie eine Maßnahme verlaufe, zudem seien nicht alle Maßnahmen darauf ausgelegt, direkt in Arbeit zu vermitteln, wie z.B. der Besuch eines Sprachkurses. Das Jobcenter halte die Maßnahmen immer nach.

Hinsichtlich der weiteren Frage, liege derzeit das Problem darin, dass die Pandemie eine persönliche Beratung nicht zuließe. Somit sei die strenge Vorgehensweise nicht existent gewesen. Weiterhin seien die üblichen Forderungen mangels Jobangebote auch nicht umsetzbar. Aus diesem Grund seien auch keine Sanktionen ausgesprochen worden.

Abgeordnete Bracklo erkundigte sich, ob das Jobcenter eine Mietgrenze bei den Vermietern bewirken könne.

Herr Focken antwortete, dass das Jobcenter das nicht könne und wies in diesem Zusammenhang daraufhin, dass bei Leistungsbeziehern, die durch die Pandemie in den Leistungsbezug gerieten, die tatsächlichen Kosten der Unterkunft gezahlt worden seien.

Abgeordneter Warmulla entgegnete, dass es vielleicht doch einen Einfluss gäbe, wenn der Landkreis Aurich Sozialwohnungen vorhielte.

Herr Focken stellte anschließend noch das Zahlenwerk der Widersprüche und Klagen vor (Anlage 4).



dersächsischen Sozialgerichtsbarkeit Vorlage: IX/2021/055

Herr Müller, Leiter des Sozialamtes, erläuterte die Beschlussvorlage. Zusätzlich zu den hauptamtlichen Richtern würden ehrenamtliche Richter*innen bestellt. Der Landkreis Aurich sei dazu verpflichtet eine Vorschlagsliste zu erstellen. Das sei letztmalig 2020 auch geschehen. Nunmehr scheide eine ehrenamtliche Richterin aus Altersgründen aus, sodass eine neue Person gemeldet werden müsse. Es habe eine Auswahl stattgefunden, sodass die Verwaltung Herrn Zimmermann vorschlage.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

einstimmig beschlossen

TOP 10 <u>Verschiedenes, Wünsche, Anregungen</u>

Abgeordneter Strömer erkundigte sich, ob der mittlere Standard der Mietpreise auch vom Bund erstattet werde.

Herr Focken bestätigte dies.

Abgeordneter Warmulla fragte nach dem Sachstand der Evaluation des Poolmodells.

Vorsitzende Kleinert wies daraufhin, dass es aufgrund der Pandemie gerade wirklich schwierig sei, das Thema voran zu bringen. Die Verwaltung halte nichts zurück, der Schulalltag sei nur maßgeblich durch die Pandemie eingeschränkt.

Abgeordnete Ubben regte an, dass spezielle Fragestellungen zukünftig schriftlich an die Verwaltung zu stellen seien, da sich die Sitzung sonst unnötig verlängere.

TOP 11 <u>Einwohnerfragestunde</u>

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** schloss um 16.32 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankte sich bei allen Anwesenden.



27. Sitzung des Ausschus	sses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
gez. Kleinert	gez. Hoofdmann
Vorsitzende	Protokollführerin